

Zu TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderung einstimmig bestätigt.

Zu TOP 3 Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 13.09.2023 und 12.10.2023

Es gibt keine Einwände zu den Protokollen. Somit sind sie bestätigt.

Zu TOP 4 Entwurf Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2024 Vorlage: 064/2023/1

Herr Buhrke stellt den allgemeinen Teil zum Haushalt des Landkreises Oder-Spree vor. Anschließend präsentiert Frau Karkowsky den Haushaltsplan 2024 und die Produkte der Kinder- und Jugendhilfe für das Jugendamt (siehe Anlage 2 – Haushaltspräsentation 2024). Die Präsentation des Jugendamtes ist allen Mitgliedern vorab per E-Mail zugesandt wurden.

Es gibt Nachfragen zu einzelnen Punkten, die durch Herrn Buhrke und die Verwaltung des Jugendamtes beantwortet werden.

einstimmig zugestimmt
Enthaltung 2

Zu TOP 5 Weiterführung des Personalstellenprogramms des Landkreises Oder-Spree zur Förderung sozialpädagogischer Fachkräfte der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit, Personalstellenanbindung in der Förderetappe 2024-2026 Vorlage: 065/2023

Herr Wende führt in die Diskussion, die im Unterausschuss Jugendhilfeplanung zur Beschlussvorlage geführt wurde, ein – siehe hierzu Protokoll des Unterausschusses Jugendhilfeplanung vom 09.11.2023.

Frau Jurisch bedankt sich für den Austausch zum Thema in der Sitzung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung. Sie ergänzt, dass es einen Beschluss der Stadtverordneten gibt, dass an beiden Grundschulen das Programm „Angebote für Grundschulkinder und ihre Eltern“ umgesetzt werden soll – auch wenn die Stadt Beeskow dies selbst finanzieren muss.

Herr Heilmann ergänzt, dass eine grundsätzliche Thematisierung von Sozialarbeit an Schule geben sollte und auch die Klärung, wie viele Schüler eine Fachkraft verantwortlich ist. Aus seiner Sicht wären die drei Vollzeitstellen Sozialarbeit an Schule mit Schwerpunkt Suchtprävention besser direkt an bestimmten Schulen angesiedelt.

Herr Wende verweist auf den Lebenslagenprozess und bittet darum, dass die Debatte an dieser Stelle sinnvoller ist. Er wirft die Diskussionsidee ein, dass eine Ausweitung vom Programm „Angebote für Grundschulkinder und ihre Eltern“ an Oberschule und den Kita-Bereich inhaltlich sinnvoll sein könnte.

Frau Hennig (Schulleitung Grundschule Beeskow) fragt nach, wo die Evaluation zum Programm „Angebote für Grundschulkinder und ihre Eltern“ ist und wer befragt wurde. Frau Karkowsky erläutert den Hintergrund und den damaligen Prozess zu diesem Programm. Die Fachhoch-

schule Potsdam hat die damalige Evaluation durchgeführt und im Ausschuss vorgestellt. Bei Bedarf kann Frau Karkowksy diese an Interessierte übermitteln. Frau Buhrke ergänzt, dass definitiv eine Befragung an der Fontane-Grundschule in Beeskow stattfand.

Herr Wende verweist nochmal darauf, dass bereits rund 5 Mio. € durch die Jugendhilfe im Landkreis Oder-Spree in das System Schule investiert werden (z.B. Sozialarbeit an Schule, Schulbegleitungen). Hier sollte geprüft werden, ob dies wirklich der richtige Weg ist. Weiterhin macht er deutlich, dass es multiprofessionelle Teams in der Jugendhilfe und in der Schule braucht, die partnerschaftlich miteinander agieren.

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss bestätigt einen Gesamtbedarf von 69,85 Personalstellen und beschließt die Vergabe entsprechend der Anlage zur vorliegenden Beschlussvorlage.

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 6 Arbeitsplan Jugendhilfeausschuss für das Jahr 2024
Vorlage: 066/2023**

Frau Karkowsky präsentiert kurz den Entwurf zum Arbeitsplan des Jugendhilfeausschusses für das Jahr 2024. Am 01.02.2024 ist ein Tagesordnungspunkt zum Brandenburger Kinder- und Jugendgesetz (ehemals AGKJHG) geplant. Für diesen Punkt fragt Herr Wende einen externen Referenten an. Herr Wende macht den Vorschlag, dass es an dem Termin am 21.03.2024 einen Tagesordnungspunkt geben soll zur Übergabe an Themen an den neuen Ausschuss: „Was ist uns wichtig, was wir dem neuen Ausschuss an Themen übergeben möchten – vielleicht auch, weil wir es nicht geschafft haben.“ Dem Vorschlag schließen sich die Mitglieder des Ausschusses an.

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt den Arbeitsplan des Jugendhilfeausschusses für das Jahr 2024.

einstimmig zugestimmt
Enthaltung 1

Zu TOP 7 Informationen der Verwaltung des Jugendamtes

Herr Lampert informiert zu den Neuerungen im Bereich der Betreuung unbegleiteter minderjähriger Ausländer (umA) auf Landesebene. In den letzten Jahren hat sich der Migrationsdruck erhöht, wie in verschiedenen Ausschüssen bereits erörtert wurde. Besonders die an der Grenze gelegenen Landkreise spüren eine erhöhte Belastung, da sie gemäß § 42a SGB VIII verpflichtet sind, minderjährige Migranten vorläufig in Obhut zu nehmen, sobald diese den Landkreis Oder-Spree erreichen. In der Vergangenheit führte dies zu Überlastungen, da die Verteilung der Migranten auf andere Kreise nicht reibungslos verlief. Das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (MBS) hat nun einen Maßnahmenkatalog entwickelt, um die Situation zu verbessern. Herr Lampert erläutert die wichtigsten Punkte dieses Katalogs. Ein zentraler Aspekt ist die Einrichtung einer zentralen Aufnahmestelle für umA, ähnlich den bestehenden Einrichtungen für erwachsene Migranten. Es wird erwogen, mehrere Standorte zu schaffen, um unterschiedliche Bedürfnisse zu adressieren. Der genaue Standort in Brandenburg steht noch nicht fest, aber diese Maßnahme würde eine Entlastung für die grenznahen Kreise bedeuten.

Darüber hinaus ist geplant, die Verbindlichkeit der Bescheide bezüglich der Weiterverteilung der Migranten zu erhöhen. Nach einem Beschluss des MBSJ wird die Zuständigkeit für einen Migranten nach 72 Stunden auf einen neuen Kreis übertragen.

Zum ersten Mal hat die Staatssekretärin bestätigt, dass unbegleitete minderjährige Ausländer (umA) ab 16 Jahren vorübergehend in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden dürfen. Diese offizielle Stellungnahme ist besonders für den Landkreis Oder-Spree relevant, da dieser aufgrund von Platzmangel bereits temporär umA in der Einrichtung "Fuchsbau" unterbringen musste. Diese Vorgehensweise wurde jeweils in Absprache mit dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (MBSJ) getroffen. Im Schnitt nimmt der Landkreis Oder-Spree monatlich etwa 15 umA auf.

Ein weiterer wesentlicher Bestandteil des Maßnahmenkatalogs des MBSJ ist die Schaffung eines zentralen Registers für umA. Dieses Register soll insbesondere bei der Rückerstattung der Kosten mehr Transparenz bieten. Es kommt häufig vor, dass ein umA in der Anfangsphase seines Aufenthalts in Deutschland in mehreren Kreisen registriert wird. Das zentrale Register soll in solchen Fällen zu mehr Stabilität und Übersichtlichkeit führen.

Es gab kurze Nachfragen zum Thema umA.

Des Weiteren informiert Herr Lampert zum Thema Billigkeitsrichtlinie. Die Bescheide und Gelder im Bereich Kita und Kinder- und Jugendarbeit sind seit geraumer Zeit raus. Er erläutert, dass sich für den Bereich Hilfen zur Erziehung noch viele Fragen zum Verfahren ergeben haben. Es wurde mit allen Landkreisen versucht eine Klärung über das MBSJ und das Finanzministerium herbeizuführen, um eine gleiche Haltung aller Beteiligten zu gewährleisten. Zur entsprechenden Bedarfsabfrage bei den Trägern geht in den nächsten Tagen ein entsprechendes Schreiben an die Träger raus.

Zu TOP 8 Informationen aus dem Unterausschuss Jugendhilfeplanung und Vorbereitung der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Frau Buhrke ergänzt den heutigen Ausschuss mit zwei weiteren Informationen aus dem Unterausschuss Jugendhilfeplanung. Sie informiert, dass das FAWZ eine tätigkeitsbegleitende Qualifizierung für den Bereich Hilfen zur Erziehung und den Bereich Kinder- und Jugendarbeit entwickelt hat. Das FAWZ bittet hierbei um Rückmeldung zu den Bedarfen bei den Trägern. Eine erste Information fand hierzu bereits in der UAG Hilfen zur Erziehung statt.

Weiterhin bittet Frau Buhrke um Transparenz gegenüber den Fraktionen, dass es bei den Kostensteigerungen im Jugendamt einerseits um gesetzliche Vorgaben und andererseits um Steigerungen bei den Personalkosten durch die Tarifierpassungen sowie im Energiesektor geht.

Herr Wende weist nochmal darauf hin, dass für die Planungsgruppe Kita-Bedarfsplanung die Verwaltung darauf aufmerksam gemacht hat, dass es einen neuen Vertreter für die Planungsgruppe benötigt. Er schlägt sich selbst vor, wenn niemand etwas dagegen hat. Die Mitglieder des Ausschusses stimmen dem Vorschlag zu.

Frau Karkowsky fragt nach, ob es noch Wünsche für die Präsentation der Kita-Bedarfsplanung im nächsten Jugendhilfeausschuss gibt. Frau Radig antwortet, dass sie gerne Informationen haben würde, wie viele Kinder über 8 Stunden betreut werden und zu den Öffnungszeiten von Kita.

Es gibt durch die Verwaltung des Jugendamtes das Angebot zu den Sozial- und Bildungsausschüssen der Kommunen zu kommen, um die Kita-Bedarfsplanung für die jeweilige Kommune nach Beschlussfassung im Kreistag vorzustellen. Hierfür wenden sich die Kommunen bitte an Frau Krüger oder Frau Geike.

Zu TOP 9 Sonstiges

Frau Karkowsky informiert, dass am 15.11.2023 die gemeinsame Sitzung der AG's nach § 78 SGB VIII durchgeführt wurde. Es gab rund 60 Teilnehmer. Im Vormittagsteil fand eine gegenseitige Vorstellung der Angebote statt. Im zweiten Teil am Nachmittag haben sich die Teilnehmer mit der Struktur der AG nach § 78 SGB VIII beschäftigt. Bisher war es so, dass die „große“ AG nach § 78 SGB VIII in jedem Planungsraum stattfand und es somit vier AG's nach § 78 SGB VIII gab. Am 15.11.2023 wurde sich darauf verständigt, dass es ab 2024 nur noch eine kreisweite AG nach § 78 SGB VIII geben wird. Die Auftaktveranstaltung hierzu findet am 14.02.2024 von 9 bis 13 Uhr in Bad Saarow statt. An dem Termin soll es einerseits um die Klärung von strukturellen/ organisatorischen Themen gehen, wie z.B. die Sprecherstruktur und die Struktur der Unterarbeitsgruppen. Andererseits wird das Thema Fachkräftegewinnung als erstes inhaltliches Thema auf der Agenda stehen.

Frau Radig bringt einen Themenvorschlag für 2024 ein. Der Vorschlag ist, dass der Jugendhilfeausschuss eine gemeinsame Veranstaltung mit der Liga des Landkreises Oder-Spree durchführt. Der Arbeitstitel der Veranstaltung lautet: „Ausschreibung und Vergabe sozialer Leistungen – alternativlos?“. Die Idee ist, dieses Thema gemeinsam mit Kreistagsabgeordneten zu erörtern und auch für alle Ausschüsse zu öffnen. Frau Radig verweist hierbei auf ein aktuelles Urteil vom Bundesozialgericht, welches sich auf den Einsatz von Integrationshelfern an Schulen befasst. Es ist angedacht, an dem Termin zu erörtern, was bedeutet zum Beispiel dieses Urteil für die Praxis und welche Alternativen gibt es demnach. Dies auch unter dem Fokus der immer knapper werdenden Gelder. Weiterhin sollte geklärt werden, nach welchen Standards Leistungen vergeben werden und ob es immer eine Vergabe sein muss. Sie erläutert, dass die Veranstaltung im ersten Quartal 2024 angedacht ist. Für den Jugendhilfeausschuss würden keine Kosten entstehen und die Liga übernimmt die Organisation.

Herr Wende ergänzt, dass die Vergabestelle und weitere in dem Bereich tätige Personen eingeladen werden sollten. Er fragt in die Runde, ob das Jugendamt mit seiner Zweigliedrigkeit dem Angebot der Liga zur Durchführung der Veranstaltung folgen würde. Die Mitglieder des Ausschusses stimmen mit drei Enthaltungen dem Vorschlag zu.

Stephan Wende
Vorsitzender des
Jugendhilfeausschusses

Elisa Karkowsky
Schriftführerin